



Bern, 26. August 2021

Generalversammlung Schweizerischer Städteverband

Ausschnitt Rede Präsident Kurt Fluri

(Es gilt das gesprochene Wort)

Was für eine Freude, dass wir uns hier vor Ort in Thun begegnen dürfen nach der langen Zeit der fehlenden persönlichen Kontakte!

Ich heisse Sie alle herzlich willkommen,
sehr geehrte Regierungsrätin Allemann,
sehr geehrter Herr Stadtpräsident Lanz unserer Gastgeberstadt Thun,
Mesdames, Messieurs les représentants des gouvernements et des autorités de tous les niveaux éatiques, de l'économie et de nos organisations partenaires en Suisse en Autriche et en Allemagne,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen und Behörden aller Staatsebenen, sehr geehrte Gäste aus der Wirtschaft und von unseren Partnerorganisationen im Inland, in Österreich und Deutschland
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien
sehr geehrte Referentinnen und Referenten
liebe Delegierte unserer Mitglieder
chères et chers délégués de nos villes et communes membres,
cari delegati degli nostri membri,
Mesdames, Messieurs

Schön, sind Sie da! In der Tat haben sich praktisch gleich viele Personen zum Städtetag angemeldet wie in früheren Jahren. Das zeigt, welche besondere Aktualität unser Tagungsthema, die Beteiligung, mit der Pandemie gewonnen hat. Beteiligung ist etwas, was wir alle brauchen, und zwar persönlich und direkt. Nun, wir tun es also in Thun, mindestens in der deutschen Sprache ist unsere Gastgeberstadt eine Aufforderung zum Handeln, uns zu beteiligen.

«Die Stadt der Beteiligung» ist ein Thema, das während der Pandemie zusätzliche Facetten erhalten hat.

Da ist einmal eine besonders aktive Beteiligung im Sinne der Freiwilligenarbeit. Wir haben in den Städten und Gemeinden erlebt, dass Menschen zueinander geschaut, sich geholfen und sich unterstützt haben. Mahlzeiten, ein Gespräch von Balkon zu Balkon, Informationen, Einkäufe gehörten dazu. An verschiedenen Orten war das Angebot an Freiwilligen während einer gewissen Zeit sogar grösser als die Nachfrage. Die Stadt der Nähe und das Quartier erhielten dadurch eine besondere Bedeutung. Unsere Behörden haben dabei enorm viel getan, um Bevölkerung und Wirtschaft in einer enorm verunsichernden Situation Sicherheit und eine Perspektive zu vermitteln. Auch dies ist ein Aspekt der Beteiligung.

Dann waren da die neuen Formate, mit denen Sitzungen abgehalten wurden und Kontakte zu Angehörigen aufrecht erhalten blieben. Wir alle haben einen eigentlichen Digitalisierungsschub erlebt. Neue virtuelle Instrumente wurden entwickelt und genutzt. Es sind teilweise Möglichkeiten, die zuvor kaum umsetzbar schienen. Dynamik und Tempo dieser Innovationen waren zum Teil höchst erstaunlich. Die neuen Formate werden bleiben. Aber gleichzeitig haben wir auch gesehen, dass sie ihre



Grenzen haben. Der direkte, persönliche menschliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen, er kann nur ergänzt werden. Die Virtualisierung hat auch einer Besorgnis erregenden Form der Beteiligung Vorschub geleistet. Kriminelle sind öfter in unseren Netzen, als wir denken. Die Cyberkriminalität erlebt einen alarmierenden Aufschwung und muss uns viel bewusster werden in unseren Entscheidungen. Dabei müssen wir auch immer die Ängste und Bedenken unserer Bevölkerung beachten. Beteiligung enthält immer auch die Frage, wer sich wie beteiligen können soll. Unsere Städte wollen und müssen inklusiv sein, von ihren Dienstleistungen bis zur Infrastruktur. Und mir scheint es zentral für eine Demokratie, dass sie unterschiedliche Haltungen und Meinungen aushalten muss. Wir müssen bereit sein, Meinungen, die wir nicht teilen, mindestens zu hören. Etwas verstanden haben heisst ja nicht, einverstanden sein. Aber zuhören und einander mit Achtung und Respekt begegnen, das muss möglich sein und bleiben.

Nous devons être prêts à écouter au moins les opinions que nous ne partageons pas. Avoir compris une chose ne signifie pas être d'accord avec elle. Mais écouter et traiter l'autre avec respect doit être et rester possible.

Demokratie braucht Offenheit, gerade in unseren Städten, in denen wir eine wunderbare, spannende und manchmal wohl auch anspannende Vielfalt haben. In unseren Städten, in denen oft weit über hundert bis gegen zweihundert Nationen zusammenleben. Städte bedeuten Nähe, bedeuten Dichte, Konflikte zwischen Bedürfnissen und Werten. Städte sind deshalb auch Spezialistinnen im Aushandeln von Lösungen. Wir wissen, dass Wege oft nicht einfach und gradlinig sind, dass aber nur eine ernsthafte, konsequente Beteiligung zum Ziel führt. Sie erfordert jedoch Regeln, die von Allen respektiert werden müssen.

Beteiligung zeigt auch ein Schattengesicht. Während in einer ersten Phase der Pandemie die gegenseitige Unterstützung im Vordergrund stand, gewann später eine hässliche Seite an Bedeutung. Ich befürchte, dass vieles von dem, was an Gehässigkeiten, an Populismus, Polemik und Polarisierung sich akzentuierte, als tiefere Schicht bereits vorhanden war, dass es in einer Zeit, in der noch keine Masken getragen werden mussten, in unserer Gesellschaft quasi maskiert blieb und erst in einer ausserordentlichen Situation als Zerrbild sichtbar wurde. Aber auch damit muss eine Demokratie umgehen können. Es ist jedoch mein Wunsch – und gleichzeitige meine Sorge –, dass unsere Gesellschaft zurückkehrt (oder vorwärts geht) zu einem kultivierten Miteinander, das von Anstand geprägt ist. Es ist ja mitunter die Fähigkeit zu Anstand und Respekt, die uns zu Menschen macht.

Beteiligung hat auch eine staatspolitische Dimension: die Beteiligung von Städten und Gemeinden im Föderalismus. Die Städte haben gerade in der Pandemie gezeigt, dass sie systemrelevant sind. Sie sind von der Pandemie besonders stark betroffen. Sie mussten handeln, oft ohne die nötigen Informationen von ihren Kantonen erhalten zu haben. Sie mussten improvisieren und rasch, pragmatisch und innovativ entscheiden und waren die erste Anlaufstelle für ihre Bevölkerung. Sie haben auch finanziell viel auf sich genommen und werden, das zeigt eine gemeinsame Studie mit PWC, die wir in diesem Frühsommer veröffentlicht haben, auch langfristig am stärksten betroffen sein, wenn es beispielsweise um soziale Kosten geht. Umso unverständlicher ist es, dass der Bund uns aussen vor gelassen hat, als es um Beschlüsse von Massnahmen ging, von denen die Städte und Gemeinden ganz direkt betroffen sind. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht einfach eine Priorisierungsfrage, wenn man zwar im Covid-Gesetz die Sozialpartner einbezieht, aber die Staatsebene, welche am nächsten bei der Bevölkerung ist, ausschliesst. Es ist schlicht seit mittlerweile über zwanzig Jahren verfassungswidrig und einfach unklug. Wer verzichtet freiwillig auf Erfahrung, Wissen und Betroffenheit? Der Bund hat dies getan. Zum Beispiel bei sicherheitspolitischen Fragen. Die Städte waren an vorderster Front bei den zum Teil unbewilligten Demonstrationen, die in ihren Zentren stattgefunden haben. Andere Beispiele sind Pflege, Zivilschutz, Mahlzeitendienst, Spitex, Gastronomie, öffentlicher Verkehr oder Sozialamt – die Handlungsfelder sind zahllos.



La Confédération aurait pu s'épargner bien des pirouettes si elle avait appliqué ce qui devrait être normal dans une démocratie, même dans une situation extraordinaire. Donner la parole à ceux qui sont en contact direct avec la population. Un fédéralisme orienté vers le futur fonctionne différemment de la manière dont le gouvernement fédéral et les cantons l'ont vécu. Il met la participation à son ordre du jour. Je remercie la Confédération et les cantons pour le travail incroyablement intense et difficile qu'ils ont accompli au plus fort de la pandémie. Et j'espère qu'ils ont appris quelque chose sur l'implication des villes et des communes pour les crises futures ; car la crédibilité, la solidarité et la stabilité de notre système, et donc sa résistance aux crises, dépendent fortement de l'implication du niveau municipal. La pensée hiérarchique dictée par le prestige n'a pas sa place ici !

Der Bund hätte sich manche Pirouette ersparen können, wenn er das, was in einer Demokratie normal sein sollte, auch in einer ausserordentlichen Lage umgesetzt hätte. Denen Gehör zu geben, welche im direkten Kontakt mit der Bevölkerung stehen. Ein zukunftsfähiger Föderalismus geht anders, als Bund und Kantone es gelebt haben. Er schreibt Beteiligung gross auf seine Agenda.

Ich danke dem Bund und den Kantonen für die unglaublich hektische und schwierige Arbeit, die sie während der schlimmsten Zeit der Pandemie geleistet haben. Und ich hoffe, sie haben für künftige Krisen etwas über den Einbezug der Städte und Gemeinden gelernt; denn die Glaubwürdigkeit, Solidarität und Stabilität unseres Systems und damit auch seine Krisenfestigkeit hängt stark am Einbezug der kommunalen Ebene. Prestigegesteuertes Hierarchiedenken hat hier keinen Platz!

Und hier noch eine Bemerkung zu einem Entscheid des Bundesrates, der mich zweifeln lässt. Der Städteverband musste heftig kämpfen, damit die ganz massiven Ertragsausfälle des öffentlichen Nahverkehrs vom Bund teilweise abgedeckt wurden. Und jetzt? Die Folgen der Pandemie sind immer noch massiv. Deshalb wird der Regionalverkehr weiter unterstützt. Der Bundesrat will aber darauf verzichten, auch den Ortsverkehr weiter zu unterstützen, der ein Glied in einer ganzen Kette ist. Das sei Aufgabe der Kantone und Gemeinden, argumentiert er in der Vernehmlassungsvorlage. Mit Verlaub: Wir hatten in diesem Jahr noch längst nicht Normalität. Zudem wurden die Entscheide, die zu den massiven Ausfällen geführt haben und die vor allem zulasten der Städte gehen, ohne deren Einbezug getroffen. Man wäre sprachlos, wenn man nicht wüsste, dass man sich lautstark dagegen wehren muss. Der Städteverband hat in dieser Pandemie viel erreicht. Aber er bleibt gefordert.

Lassen Sie mich noch kurz eine letzte Facette von Beteiligung beleuchten. Wer in unserem Land soll im ganz normalen politischen Alltag mit welchem Gewicht an Entscheidungen beteiligt sein? Das ist eine Frage, die sich immer wieder stellt, beispielsweise bei Abstimmungen, aber ganz gewichtig auch bei den Finanzströmen in unserem Land. Völlig faktenfrei ist da die entgegen seriösem Zahlenmaterial hingeworfene und gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, dass die Landbevölkerung die Städte finanziert. Aber mit möglichst grobem, diffamierendem und beleidigendem Wortgeschütz vorgetragen, verfängt der Anwurf und wird zur Gratis-Wahlpropaganda; denn die Medien nehmen solche gezielten Provokationen leider dankbar auf. Und statt ein sachliches und deshalb unaufgeregtes Interview zu bringen, zementiert man das Bild eines Stadt-Land-Grabens und schaltet man sich lieber zum x-ten Male als undifferenzierter Lautsprecher von Provokateuren ein. Das gibt Klicks.

Es ist fatal, wenn die urbane Schweiz nun auf gleicher Ebene kontert. Die Empörung ist einkalkuliert und gibt den gewünschten Stoff für die Fortsetzung der Geschichte. Natürlich: Die Städte und Agglomerationen dürfen und sollen stolz sein auf das, was sie im Interesse des Wohlstandes unseres ganzen Landes tun und was mit harten Zahlen belegt ist. Es ist ein Beitrag zum Wohlstand eines Landes, das Dienstleistungen und Infrastrukturen überall auf hohem Niveau anbietet, obwohl die Kosten pro Kopf zum Teil hoch sind. Es ist ein Preis, den unser Land aus dem Gedanken der Solidarität und des Ausgleichs zahlt und der viel zu unserer Stabilität in der Schweiz beiträgt. Das ist ein kostbares Gut;



denn die gegenseitigen Abhängigkeiten in der kleinräumig organisierten Schweiz mit ihrer Vielfalt sind kompliziert und lassen sich nicht holzschnittartig abbilden. Wer mutwillig und von willfährigen Medien unterstützt Stabilität und Solidarität mit polemischer Stimmungsmache aufs Spiel setzt, hat möglicherweise einen Bumerang geworfen.

Dans la situation actuelle, qui risque d'être déséquilibrée pour notre société, pour l'économie et l'environnement, et qui est également fragilisée par les tensions mondiales et les menaces climatiques, de telles batailles ne devraient pas avoir lieu. Nous devons faire preuve de plus de compréhension les uns envers les autres. Plus de dialogue. Une participation accrue au-delà des frontières. L'Union des villes est un instrument très important pour que nous puissions tous nous engager de manière audible et chercher et trouver des solutions ensemble.

In der gegenwärtigen Situation, die für unsere Gesellschaft, für Wirtschaft und Umwelt aus der Balance zu geraten droht und auch aufgrund der weltweiten Spannungen und der klimatischen Bedrohungen zerbrechlich geworden ist, sollten solche Gefechte keinen Platz finden. Wir brauchen mehr Verständnis für einander. Mehr Dialog. Mehr Beteiligung über alle Grenzen hinweg. Der Städteverband ist für uns alle ein sehr wichtiges Instrument, um uns vernehmlich einzubringen und miteinander Lösungen zu suchen und zu finden.